



Die Ergebnisse des Euro-Gipfels vom 12./13. Juli 2015

Nach einer 17-stündigen Verhandlung haben sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten auf Voraussetzungen für ein drittes Hilfspaket für Griechenland verständigt. Das Gipfelergebnis zeigt deutlich, dass das Vertrauen in die griechische Regierung seitens der Euro-Staaten gering ist. Das ist nicht weiter verwunderlich, da die griechische Regierung über Spar- und Reformvorschläge verhandelte, die sie selbst und das griechische Volk in einem Referendum abgelehnt hatten.

Über den Inhalt der Vereinbarung

Das griechische Parlament muss erstens bis zum 15. bzw. 22. Juli mehrere Sofortmaßnahmen umsetzen und zweitens weiteren – noch abstrakt formulierten – Reformen, die Eingang in ein drittes Hilfsprogramm finden sollen, zustimmen. Voraussichtlich am 22. Juli wird es eine Telefonkonferenz der Finanzminister der Euro-Gruppe geben, in der die Zustimmung des griechischen Parlaments festgehalten wird. Anschließend sollen – wo dies notwendig ist – die nationalen Parlamente ihren Regierungen ein Verhandlungsmandat erteilen. Wenn alle Regierungen verhandeln können, wird die Euro-Gruppe zusammen mit dem ESM die Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket formal eröffnen. Der Umfang des dritten Hilfsprogramms beläuft sich laut ersten Schätzungen auf 82 bis 86 Mrd. Euro. Die bis zum 15. bzw. 22. Juli umzusetzenden Sofortmaßnahmen umfassen eine Straffung der Mehrwertsteuer und eine Verbreiterung der Mehrwertsteuerbasis sowie eine Rentenreform, die die Rentenversicherung auf eine nachhaltige Basis stellt. Die sofortige Umsetzung dieser Maßnahmen ist aus zwei Gründen sachgerecht. Zum einen wird so die drohende weitere Verschlechterung der griechi-

schen Haushaltslage während der Verhandlungen über das dritte Paket zumindest begrenzt. Zum anderen benötigt Griechenland für die Zeit, in der das dritte Hilfsprogramm konkretisiert wird, wohl eine Brückenfinanzierung. Die Sofortmaßnahmen sind somit die Gegenleistungen für die Brückenfinanzierung.

Der zweite Teil der Vereinbarung enthält eine Aufzählung von abstrakt formulierten Maßnahmen, die Teil des dritten Hilfspakets sein sollen. Die Aufzählung umfasst insbesondere eine Arbeitsmarktreform und eine Liberalisierung des Gütermarkts. Zudem wird ein Privatisierungsfonds eingerichtet, in den Vermögenswerte von 50 Mrd. Euro übertragen werden sollen. Der Fonds soll von einer griechischen Behörde unter Aufsicht europäischer Institutionen verwaltet werden.

Die Aufzählung der Maßnahmen ist umfassend. Zu begrüßen ist insbesondere, dass der Schwerpunkt der Aufzählung auf strukturellen Reformen liegt. So soll sichergestellt werden, dass die griechische Wirtschaft auf absehbare Zeit wieder wettbewerbsfähig wird. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass das Land in fernerer Zukunft ohne Finanzhilfen in der Euro-Zone auskommen kann. Die Maßnahmen sind zwar abstrakt, es wird allerdings ausreichend deutlich, in welche Richtung die Reformen gehen sollen.

Besonders umstritten war die Einrichtung des Privatisierungsfonds. Dessen Erlöse sollen zum einen der Refinanzierung der Rekapitalisierung durch den ESM der griechischen Banken dienen (25 Mrd. Euro). Zum anderen sollen jeweils 12,5 Mrd. Euro in den Schuldenabbau und ein Investitionsprogramm fließen. Es ist fraglich, ob der Fonds die Erwartungen erfüllen wird. Zum einen ist nicht klar, ob er tatsächlich mit Aktiva im Wert von 50 Mrd. Euro ausgestattet wird, da er nur schrittweise gefüllt werden soll und hierfür zudem Beschlüsse der griechischen Regierung notwendig sind. Zum anderen wird der Fonds von einer griechischen Behörde verwaltet. Da die griechische Politik bislang kein Interesse an einer schnellen Privatisierung hatte, sind Streitigkeiten vorprogrammiert.

Einen nominalen Schuldenerlass wird es nicht geben. Allerdings soll über eine Stundung der Zinsen und eine Verlängerung der bereits gewährten Hilfskredite – nach der ersten positiven Überprüfung des dritten Hilfsprogramms – beraten werden.

Alles in allem sind die Hürden für ein drittes Hilfsprogramm hoch. Großer Widerstand gegen die Vereinbarung dürfte insbesondere aus den beiden Regierungsparteien Syriza und Anel kommen, sodass der griechische Premierminister Tsipras auf Stimmen aus dem Oppositionslager angewiesen sein wird. Es ist weiterhin fraglich, ob die griechische Regierung die Vereinbarungen des dritten Hilfsprogramms – selbst wenn sie vom griechischen Parlament verabschiedet werden – auch ordnungsgemäß umsetzen wird. Die Erfahrungen mit dem ersten und dem zweiten Hilfsprogramm lassen daran zweifeln. Die Griechenland-Tragödie wird also noch weiter gehen.